

Quent, Matthias & Virchow, Fabian (Hrsg.). (2024).
Rechtsextrem, das neue Normal? Die AfD zwischen Verbot
und Machtübernahme

München: Piper Verlag GmbH. 288 Seiten, ISBN: 978-3-492-07317-2,
22,00 Euro

von Wolfgang Frindte

Wenige Monate vor den Landtagswahlen im September 2024 in Thüringen, Sachsen und Brandenburg sowie den Bundestagswahlen im Februar 2025 warnten die Herausgeber des vorliegenden Buches davor, dass die AfD nicht nur ein national-autoritäres Potenzial in der Bevölkerung zu mobilisieren vermag, sondern „durch Krisenagitation im Kontext von Migration, Demografie, Krieg, Inflation, Klimakrise und Transformationen auch neue Milieus“ erreicht (S. 9). Wie wir heute wissen, hatte die Partei mehr als Erfolg. In den Landtagswahlen in Thüringen wurde die AfD mit 32,8 Prozent die stärkste Partei vor der CDU. In Sachsen belegte sie mit 30,6 Prozent knapp hinter der CDU den zweiten Platz, in Brandenburg mit 29,2 Prozent ebenfalls den zweiten Platz hinter der AfD. Und im Bundestag sitzen seit Februar 2025 151 Abgeordnete der AfD. Das ist hinter der CDU die zweitstärkste Fraktion.

In ihrem Buch analysieren Herausgeber und Autor:innen Ursachen des AfD-Aufstiegs seit ihrer Gründung im Jahre 2013, stellen Strategien im Umgang mit dieser Partei vor und nennen dafür erfolgreiche Beispiele. Fabian Virchow und Matthias Quent machen in der Einleitung deutlich, worum es ihnen und den anderen Autor:innen geht: „Die Auseinandersetzung mit der AfD darf sich nicht damit zufriedengeben, nur die moralische Verwerflichkeit und die destruktiven Folgen ihrer Politik zu kritisieren“ (S. 15 f.). Notwendig sei vielmehr eine „entschlossene Gegenwehr und die schonungslose Aufarbeitung der Ursachen für den rasanten Aufschwung der extremen Rechten und für deren Machtoptionen – ebenso wie das Engagement für die zuversichtliche Gestaltung einer demokratischen, gerechten und lebenswerten Zukunft“ (S. 16).

In dem Sammelband finden sich 23 Beiträge von 29 Autor:innen. Für *Charlotte Knobloch* (Präsidentin der Israelitischen Kultusgemeinde München) ist die AfD aus jüdischer Sicht realer Albtraum und stete Drohung. Jüdinnen und Juden (und nicht nur diese) haben die scheinbar ambivalente Haltung der AfD und ihrer Anhänger:innen im Umgang mit Israel und dem Judentum längst als das erkannt, was es ist: eine Bedrohung des jüdischen Lebens in Deutschland. Charlotte Knobloch schreibt, dass sich für jüdisches Leben hierzulande die Zukunftsfrage stelle, wenn die AfD politische Gestaltungskraft erlangt. Deshalb müsse der Weg nach Karlsruhe und die Einleitung eines Verbotsverfahrens ausdrücklich offenbleiben (S. 26).

Mit welchen Mitteln die AfD arbeitet, um die „politischen Gestaltungskraft“ zu erlangen, fasst *Fabian Virchow* (Hochschule Düsseldorf) in seinem Beitrag zusammen: eine rechte Einheit herstellen, den Raum des Sagbaren ausweiten, um die Parlamente kämpfen, die Exekutive und Judikative erobern, Umsturzfantasien verbreiten.

Kai Arzheimer (Johannes Gutenberg-Universität Mainz) zeigt, dass sich AfD zwar erfolgreich als Protestakteur inszeniert, ihre Programme aber sich primär gegen Zuwanderung und Multikulturalismus richten. Auch deswegen und nicht nur aus Protest werde die AfD gewählt.

Das ist auch das Fazit, das *Beate Küpper* und *Andreas Zick* (Hochschule Niederrhein bzw. Universität Bielefeld) aus ihren Analysen ziehen: „Gewählt wird die AfD ganz offenkundig nicht, obwohl, sondern weil sie rechtsextrem ist“ (S. 58).

Zu den Wähler:innen und Sympathisant:innen der AfD gehören Menschen aus allen Klassen und Schichten der Bevölkerung. Auffällig sei, so *Klaus Dörre* (Friedrich-Schiller-Universität Jena), zudem die überdurchschnittlich hohe Zustimmung, die die Partei in der Arbeiterschaft genieße. Dörre stützt sich u. a. auf Analysen, die er und seine Kolleg:innen im Automobilwerk Eisenach durchgeführt haben und macht zudem Vorschläge, mit denen es möglich werden könnte, Arbeiter:innen wieder den Stolz auf ihre Klassenzugehörigkeit zurückzugeben, ohne der „erfrischenden Inkompetenz“ der AfD auf den Leim zu gehen.

Es ist nicht nur die AfD, die die sogenannte politische Mitte herausfordert. *Wolfgang Schroeder* (Universität Kassel und Wissenschaftszentrum Berlin) diskutiert in seinem Beitrag Gemeinsamkeiten und Unterschiede in den populistischen Strategien und Taktiken zwischen AfD und dem „Bündnis Sahra Wagenknecht“. Und *Robert Misik* (Journalist und Autor aus Wien) schildert am Beispiel der „Freiheitlichen Partei Österreichs“, wie sich Rechtsextremismus zu normalisieren vermag.

Entgegen mancher Beteuerungen der AfD-Aktivist:innen, ihre Partei sei pro-israelisch und pro-jüdisch, machen *Jannis Niedick* und *Marc Grimm* (Universität Potsdam bzw. Bergische Universität Wuppertal) deutlich, dass völkischer Antisemitismus und antisemitische Schuldabwehr zu den zentralen Positionen der AfD gehören.

Aber auch die Nähe der AfD zu rechter Gewalt und zum Rechtsterrorismus darf keinesfalls übersehen werden. Faktenbasiert fragt *Matthias Quent* deshalb, ob die AfD der politische Arm des Rechtsterrorismus ist. Es scheint einiges dafür zu sprechen.

Die etablierten Parteien der politischen Mitte suchten vor den Landtagswahlen im Jahre 2024 und der Bundestagswahl 2025 nach den Wegen, die „Siegeszüge“ der AfD zu stoppen. Und sie suchen noch immer. Die AfD möchte die CDU zerstören. Die reagiert indes mit den falschen Mitteln, indem sie sich mit einer verschärften Rhetorik Argumentationen der AfD zu eigen macht, wie *Ann-Katrin Müller* (Der Spiegel) nachweist.

Juan Roch (Universidad Autónoma de Madrid) analysiert den Nationalismus und den Euroskeptizismus der AfD und *Marcus Bensmann* (CORRECTIV) deren politische Nähe zum „Kreml“. Es handelt sich um zwei sehr aufschlussreiche Beiträge, die deutlich machen, wie die AfD nicht nur die EU kritisiert, sondern in der jetzigen Form abschaffen und durch ein „Europa der Vaterländer“ ersetzen möchte.

Die politische Gestaltungsmacht der AfD ist in den ostdeutschen Bundesländern bereits real. Der „Osten“ sei das Testgelände der AfD, auf dem sie, wie *David Begrich* und *Maica Vierkant* (Miteinander e.V. Magdeburg bzw. Aktionsbündnis gegen Rechtsextremismus, Gewalt und Rassismus in Brandenburg) schreiben, längst schon die Demokratie geschwächt und diskreditiert hat.

Auch „kreuzbrave“ Bürger gefallen sich mittlerweile als „Rechtsaußen-Rebellen“. *Liane Bednarz* (Heinrich-Böll-Stiftung) illustriert das kenntnisreich u. a. an den Beispielen von Roland Hartwig (ehemals „rechte Hand“ von Alice Weidel) und Matthias Matussek (früher einmal ein „Rockstar“ unter den Kulturjournalist:innen).

In den Beiträgen von *Andreas Speit* (Journalist u. a. WDR, Deutschlandfunk) und *Johannes Hillje* (selbstständiger Politik- und Kommunikationsberater) geht es um den Kampf der AfD gegen den öffentlich-rechtlichen Rundfunk sowie um den Erfolg der AfD in den sozialen Medien (TikTok, Telegram).

Jana Faus (politic strategic research GmbH) sieht, wie die politische Mitte zu verstummen scheint und die AfD sich dort breitmacht, wo die demokratischen Parteien versagen und zivilgesellschaftliche Institutionen unterwandert werden. Dagegen müsse eine wehrhafte Demokratie kämpfen und auch vor einem AfD-Verbot nicht zurückschrecken.

Das ist leichter gesagt, als getan. Mit einem Bündel von Verschwörungserzählungen gelingt es der AfD, gesellschaftliche Stimmungslagen zu beeinflussen und die Radikalisierung in manchen Teilen der Bevölkerung anzukurbeln. Mit diesen Gefahren für den gesellschaftlichen Zusammenhalt beschäftigt sich *Pia Lamberty* (CeMAS).

Anna-Sophie Heinze (Universität Trier) fragt nach dem Sinn von „Brandmauern“ im Umgang mit der AfD. Die Vertreter:innen der demokratischen Parteien sind ja nicht ganz unschuldig am Bröckeln der Mauer. Und doch sei es wichtig, klare „rote Linien“ zu ziehen, um „etwa jede Form Rassismus, Antisemitismus und Sexismus in aller Deutlichkeit zurückzuweisen“ (S. 220).

Manchmal klappt es, die AfD in ihrem Machtanspruch einzuschränken. *Jens-Christian Wagner* (Gedenkstätten Buchenwald und Mittelbau Dora sowie Friedrich-Schiller-Universität Jena) schildert, wie es einem zivilgesellschaftlichen Bündnis in Nordhausen (unweit von der KZ-Gedenkstätte Mittelbau Dora) gelang, einen AfD-Oberbürgermeister zu verhindern – eben durch eine Mobilisierung der Zivilgesellschaft jenseits der etablierten Parteien.

Was tun? – ließe sich über den Beitrag von *Claus Leggewie* (Universität Gießen) schreiben; wie umgehen mit den AfD-Aktivist:innen und -Sympathisant:innen? Leggewie schlägt zehn Maßnahmen vor, mit denen Demokrat:innen im Jahre 2024 der AfD zu Leibe rücken könnten. Bekanntlich hat der Widerstand gegen die AfD nicht viel genutzt. Leggewies Vorschläge haben sich damit nicht erledigt. Antifaschistische Mobilisierung ist notwendig, zum Beispiel „in Gestalt wirkungsvoller Bürger:innenräten und gut dosierten Volksentscheiden auf kommunaler Ebene, die den Graben zwischen dem Staatsvolk und den Volksvertretungen verkleinern“ können (S. 242).

Was tun gegen AfD und rechtsextreme Ideen, fragen auch *Judith Rahner* und *Simone Rafael* (Amadeu Antonia Stiftung). Viel ist zu tun, viel kann man tun; auf jeden Fall „kein Appeasement und keine Zugeständnisse an die rechtsextreme AfD“ (S. 252).

Die AfD verbieten, fragt schließlich *Marco Wanderwitz* (CDU, ehemaliges Mitglied des Deutschen Bundestages) und antwortet, die Gründe, Wege und Folgen eines solchen Verbots abwägend, mit „Ja“. Ein Gesinnungswandel würde bei den Verfassungsverächtern sicher nicht eintreten. „Aber: Wir würden den Verfassungsfeinden einmal den Stecker ziehen und ihnen den öffentlichen Resonanzraum erheblich nehmen“ (S. 261).

Nun, Anfang Mai 2025, stuft der Bundesverfassungsschutz (BfV) die AfD als gesichert rechtsextrem ein. Das 1.100 Seiten lange Gutachten des BfV wurde zunächst nicht veröffentlicht, dann aber doch von mehreren Medien publiziert. Der neue Bundesinnenminister Dobrindt wollte das Gutachten von Expert:innen prüfen lassen. Der Rezensent fragt sich allerdings, ob der Minister seinen Beamt:innen im BfV keine professionelle Expertise zutraut.

„Arsch huh, Zäng ussenander“ sang die Kölner Band BAP vor einigen Jahren, um die Massen gegen rechte Gewalt zu mobilisieren. Das ist wohl auch die Botschaft, die Herausgeber und Autor:innen mit dem vorliegenden Buch den Leserinnen und Lesern vermitteln möchten. Die Warnungen, die sie 2024 niedergeschrieben haben, sind im Jahre 2025 Realität geworden. Ihre Vorschläge im Umgang mit der rechtsextremen AfD haben sich indes nicht erledigt.